

Kommis des Trustkapitals

Was bringt Larnows Rede über die Krise des Kapitalismus den sozialdemokratischen Arbeitern?

Die sozialdemokratischen Arbeiter werden zweifellos noch besondere Aufmerksamkeit während der Parteitagsgesprächen der SPD auf die Frage richten: Welche Stellung nimmt die SPD ein zu den Lohnkämpfen und zu der Forderung der Arbeitermassen auf Verkürzung der Arbeitszeit und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Fünf Millionen Erwerbslose, über eine Million Ausgesteuerte, Massenbankrotte kleiner Gewerbetreibender, 21 000 Selbstmorde im letzten Jahr, ständig wachsendes Massenelend sind Zeichen der kapitalistischen Krise. Hilsbedürftig stellte auf dem Kieler Parteitag der SPD die Theorie von dem „organisierten Kapitalismus“ auf. Durch die Tatsachen der Wirtschaftskrise ist sie zerlegt. Mit Ausflüchten, Halbheiten und Verschleiern geben das auch die „Linken“ zu, so Graß in der Dresdner Volkszeitung. Ihre Praxis aber ist völlig gleich der der rechten SPD-Führer.

Das Referat von Larnow über die Arbeiterklasse und Krise des Kapitalismus wird den SPD-Arbeitern somit nichts anderes bringen, als die Bekräftigung der bis her durch die „linken“ und rechten SPD-Führer geübten Praxis der Mittelmäßigkeit bei dem Milliardenraub des Trustkapitals gegen das Proletariat. Das ist die Politik der Bourgeoisie, sich auf Kosten der Arbeiter trotz der Krise zu behaupten. Wir werden in folgendem an Hand von Tatsachen zeigen, daß „linke“ und rechte SPD-Führer trotzdem versuchen, das kapitalistische System zu verteidigen. Für die Arbeiter liegt es deshalb in ihrem ureigensten Interesse, mit der kommunistischen Partei und der KPD den schärfsten Kampf gegen die sozialdemokratische Politik des Lohn- und Sozialabbaus besonders auch in den Gewerkschaften zu führen.

Auf Seite 340 der Gewerkschaftszeitung, in der Nummer vom 16. Mai 1931 wird geschrieben, wie durch die Nationalisierung des Lohnkontos eines Unternehmens über zwei Drittel gekürzt wird. Wörtlich wird gesagt:

„Dem Deutschen Textilarbeiterverband getrennte Feststellungen in einem Betriebsbetrieb in Schlesien haben ergeben: In der Spinnerei des Betriebes arbeiteten früher

22 Spinnmaschinen mit je 20 Spindeln, nunmehr sind 14 Spinnmaschinen aufgestellt zu je 30 Spindeln. Die 22 Spinnmaschinen wurden von 80 Frauen bedient, die 14 Spinnmaschinen erfordern eine Bedienung von 28 Frauen. Das Lohnkonto betrug bei den 22 Spinnmaschinen 1888,36 Mark pro Woche, das gegenwärtige Lohnkonto ist 501,36 Mark pro Woche, so daß ein Gewinn entfällt von 1387,00 Mark pro Woche.“

Führer aber in Wirklichkeit mit ihrer Lösung bezwecken, das er gibt sich aus der von der SPD im Reichstag eingeschlagenen Entschiedenheit (Reichstagsdrucksache 894), in der es heißt:

„Die Reichsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der zur Entlastung des Arbeitsmarktes die 10-stündige Arbeitswoche vorschreibt. Zum Lohnausgleich sind für den Übergang die je zweierhebenden Unterführungsstellen mit heranzuziehen.“

Die Reformisten wollen also nichts mehr und nichts weniger, als daß die Arbeiter durch Verkürzung der Arbeitszeit auf 17 Prozent ihres Lohnes verzichten, daß aber den Kapitalisten Gewinne aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung gemacht werden, das heißt durch die Gelder, die den Arbeitern an Beiträgen von ihrem Lohn abgezogen werden. In dieser Richtung sind bereits Versuche gemacht. Die Folge ist, daß diese erwerbslosen Arbeiter, deren Unterhaltung dem Unternehmer in den Kosten geworfen wird, der Willkür der Ausbeuter ausgeliefert sind, und, falls sie mit den Hungerlöhnen nicht einverstanden sind, ohne Unterbrechung wieder entlassen werden. Die SPD-Führer haben somit die Forderung der Arbeiter auf Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich so gefälscht, daß die Not der Massen steigert, den Jobastrielen aber größere Profite aus öffentlichen Geldern zugeführt werden. Das ist der Plan des Trustkapitals, der von dem Finanzminister Dietrich in seiner Stuttgarter Rede vorgezeichnet wurde.

SPD-Führer in sozialreaktionärer Front

Als 1929 Wiffell den Abbau der Erwerbslosenunterstützung vorschlug, schrieb der „linke“ Fritz Croner im „Klassenkampf“, daß

diese Senkung der Erwerbslosenunterstützung die Einleitung einer großartigen Lohnabkaufkampagne sei.

Trotzdem erhielten diese Abbaumaßnahmen Wiffells die Unterstützung der „Linken“, und im Zuge der immer stärker einziehenden Sozialreaktion

wurde von SPD-Führern in Dresden die Unterstützung für die Forderung empfindlicher gekürzt und so Krünings Notverordnung schon vorweggenommen.

Kein Zweifel: Es gibt keine Wagnahme des Trustkapitals zur Ausplünderung der Arbeiter, die nicht mit Eifer von den SPD-Führern durchgeführt wird.

freiziehenden Straßenbahner. Die einmütige Streikfront durch Organisierung sozialdemokratischer Fraktionsgruppen, in denen die Durchführung der Streikbrucharbeit beschlossen wurde, zertrümmert. Gerade der Chemnitzer Streik wandte sich gegen die Verkürzung der Arbeitszeit und den damit verbundenen Lohnraub. Er hatte für die gesamte Arbeiterschaft eine große, prinzipielle Bedeutung. Hätten die Chemnitzer Straßenbahner ihre Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich freigelegt durchgesetzt, so würde die Massenbewegung in dieser Richtung in Deutschland gewaltig gesteigert, das kapitalistische System viel härter erschüttert sein. Das zu verhindern, diente der sozialdemokratische Streikbruch.

Bauarbeiterstreik

Zu Bauarbeiterkampf zeigte sich ebenfalls die sozialdemokratische Streikbrechertruppe der SPD-Führer. Nach Abschluß des Kampfes schrieb am 25. April die Dresdner Volkszeitung:

„Schweren Herzens haben die Bauarbeiter mit knapper Mehrheit einen Lohnabbau von 13 Pfennig pro Stunde zugewilligt. Damit ist ein Lohnabbau von 20 Pfennig je Stunde laut erstem Schiedsspruch verhindert worden. Der in Berlin gefällte Schiedsspruch mit einem Lohnabbau von 14 Pfennig je Stunde konnte verbessert werden. Darum ging der Kampf.“

Der „Grundstein“ schrieb genau ein Jahr früher, am 26. April, 1930:

„Und heute fühlen sich die Bauarbeiter-Organisationen trotz Krise mächtig genug, um etwaigen Lohnabbaugefahren die Spitze bieten zu können. Aber sie sind dennoch nicht stark genug zur Erzwingung von Lohnherabsetzungen.“

Als die Bauämter im Frühjahr ihre unveränderten Lohnzusatzforderungen stellten, erklärten die Reformisten; die Arbeiter sollen Revolze unterschreiben und nicht in den Streik treten. Daß sie dennoch später zum Streik aufrufen, ist nur darauf zurückzuführen, weil die Bauarbeiter bereits unter Führung der KPD überall den Kampf aufnahmen. Nachdem der 2. Lohnausgleichsschiedsspruch gefällig wurde, haben die Baugewerkschaftsführer die Bauarbeiter wieder auf die Kasse getrieben. Es wurde einfach erklärt, der „Streik ist zu Ende“, es wird keine Unterstützung mehr gewährt. Die Behauptung, daß die Bauarbeiter selbst „schweren Herzens“ Arbeitsaufnahme beschlossen, ist ein trecher Schwindel; denn allein in den drei Großstädten Sachsen wurde mit überwältigender Mehrheit nur von den freiziehenden Bauarbeitern die Streikfortsetzung beschlossen.

Metallkampf in Garm

In dem gegenwärtigen sächsischen Metallkampf kommt ebenfalls ganz klar zum Ausdruck, daß die SPD-Führer mit allen Mitteln die Lohnraubforderungen der Unternehmer unterdrücken. Gemäß verhalten sie mit einigen „linken“ Wandern, wie bisher immer schon, die Arbeiter zu täuschen. Klein die Tatsachen, daß durch Vereinbarungen mit den Lohnräubern die Hilfenarbeiter aus der Kampffront ausgeschaltet werden sollen, daß auf der anderen Seite 14 Tage die Gewerkschaftsführer mit dem geflümmelten und brutalen Lohnraubspezialisten Dr. Fraß in Verhandlungssitzungen sitzen und die Metallarbeiter mit keinem Wort über die Lage informieren, daß sie keinerlei Vorbereitungen für den Streik treffen, die Generalversammlung abgeblasen haben, zeigt doch, daß sie drauf und dran sind, die Metallarbeiter zu überzumpeln. So wird durch die Praxis der SPD-Führer nach „bestimmtem Muster“ die Arbeiterschaft betrogen und die Trustbourgeoisie durch die SPD-Führer den Arbeitern die Kosten der Krise auf.

Diese wenigen Beispiele können beliebig vermehrt werden. Sie zeigen, daß in den für die Arbeiter entscheidenden Fragen die SPD-Führer zu jeder Schurkelei bereit sind, um dem Klassenfeind das mörderische kapitalistische System vor den renaturierten Schlägen des Proletariats zu bewahren. Die Arbeitermassen werden sich immer mehr bewußt: Kapitalismus und Proletariat können nicht mehr miteinander existieren. Deswegen werden auch alle Rezepte, die Larnow vorschlägt, nichts anderes sein als Rezepte zum Betrug der Arbeiter und der Rettung des Kapitalismus. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen das, wie folgender Bericht zeigt:

SPD-Arbeiter rebellieren gegen Lohnraubpolitik

„Wir werden dem Hauptvorstand die Beiträge sperren“ (Arbeiterkorrespondenz 1156)

Am 21. Mai hielt die Belegschaft der Glasfabrik Brodowick, Zahlstelle Meißen, des ZAV eine Versammlung im Gasthof zur Krone ab. Zu derselben wurde Bericht von dem sozialdemokratischen Gauleiter Max Erler vom Schiedsspruch in der Weichholzglasindustrie gegeben. In dieser Versammlung kam mit elementarer Gewalt die empörte Stimmung der Verbandsmitglieder zum Ausdruck. Selbst die allergetreuesten SPD-Kollegen saßen an zu monten im Glauben an die Aufrichtigkeit der Gewerkschaftsführer. Selbst der letzte Kollege im ZAV empört sich über solche Beredendungspraktik seiner Führer. Der Branchenleiter Kollege Gottfried Werner, bisher immer stammer SPD-Mann, führte u. a. aus:

„Kollegen, wenn alle Stränge reißen und unsere Führer nicht bald dem Lohnabbau ein Ende bereiten, so werden mir als Zahlstelle Brodowick dem Hauptvorstand die Beiträge sperren und mit diesen Mitteln selbst den Kampf aufnehmen.“

Die sozialdemokratischen Betriebsratsmitglieder sowie der Kollege Hermann Schmidt, KPD, rechenen mit Gauleiter Erler ab, so daß er mit einer ankündigen Wut nach Hause geschickt wurde. Bei den Brodowitzer Glasarbeitern kam zum Ausdruck, daß das Vertrauen zur Verhandlungsführung der Bergsgenossenschaft gebrochen ist. Die neue Notverordnung des Herrn Brüning muß dem letzten Gewerkschaftler die Binde von den Augen reißen, und alle werden erkennen müssen, daß es notwendig ist, die rote Einheitsfront zu rücken und zu kämpfen unter Führung der KPD und KPD.

Beantwortlich für Galster: Otto Göbel, Dresden; für Leipzig: mit Ausnahme der Ausnahmestellen, Dresden, Chemnitz, Speyer, Köln und Arbeitstheater Rudolf Heilmann, Dresden; für Weichholz: Karl Weichholz, Meißen; für Reicholz: Otto Heilmann, Berlin; für Jüterbog: Wilhelm Schmidt, Dresden; für Tautsch: Eusebius Weichholz, Weichholz; für D. D. Dresden: Güterbahnstraße 2.

SPD für Lohnraub durch Kurzarbeit

Dieses Beispiel zeigt, in welchem Maße die Unternehmer allein am Lohnkonto gewinnen, durch die Nationalisierung die Kosten der Krise auf die Arbeiter abwälzen konnten, daß also die Forderung der SPD und der KPD, die nur den bestellten Arbeitermassen immer ergeblicher erhoben wird, vollst. besteht ist. Die kommunistische Landtagsfraktion in Sachsen stellte in dieser Richtung einen Antrag in dem es u. a. heißt:

„Die Regierung zu ersuchen: a) in allen staatlichen Betrieben und Vermaltungen die 10-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich beschleunigt durchzuführen um.“

Manöver zum Arbeiterbetrug

Schon seit Monaten führt die SPD eine Gegenkampagne. Sie forderte Einführung der 10-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich. In dieser Richtung wurde ein sozialdemokratischer Antrag auch im sächsischen Landtag eingebracht und von Landtag, der die Begründung dieses Antrages hatte, wurde aufs schärfste gegen die Forderung auf Lohnausgleich polemisiert. Um aber dem Druck der Arbeiterschaft zu begegnen, stimmte die SPD-Fraktion „linke“ und rechte trotzdem nochträglich für den kommunistischen Antrag, so daß dieses angenommen wurde. Die SPD versucht immer wieder, den Arbeitern einzureden, daß ohne Lohnausgleich eine Forderung der Lage der Arbeiter eintreten würde. So schrieb das Dresdner SPD-Blatt am 7. April:

„Allerdings ist es möglich, daß diejenigen, die durch die Arbeitsverteilung Arbeit bekommen, munterlich dringende, aber bisher unbefriedigte Bedürfnisse haben, und daß auf diese Weise vermehrter Wohlstand, z. B. für die Textil- oder die Schmelzindustrie geschaffen wird.“

Wie sich in Wirklichkeit die Arbeitsverteilung ohne Lohnausgleich auswirkt, dafür ist die Dresdner Badeverwaltung und Straßenbahn ein gutes Beispiel. Es wird nicht, wie die SPD-Führer behaupten, durch die verkürzte Arbeitszeit zusätzliche Arbeit geschaffen, im Gegenteil, nach der Verkürzung der Arbeitszeit wurde ein Teil des Personals aus dem Güterbah nach dem Umstand verlegt, so daß mit Einsetzen der Badeferien weniger Arbeitsträfte eingestellt wurden, als eigentlich erforderlich waren und ein Teil dieses Personals nur als Aushilfe. Ebenso sind keine 250 Erwerbslose bei der Straßenbahn neu eingestellt worden, wie der Gesamtverband behauptet. Was die SPD-

Für Lohnraub durch Schlichtungsdiktatur

Zimmer wieder helfen die Sozialdemokraten die Wünsche Schlichter, durch die das Proletariat in keinem Kampf gegen Lohnraub geknebelt werden soll.

Das prinzipielle Einverständnis der Sozialdemokraten mit dem, im Regierungsprogramm der Brüning-Diktatur proklamierten, und mit Hilfe der Staatsorgane durchgeführten Lohnraub in allen Industriezweigen kam schon zum Ausdruck bei der Abstimmung über den kommunistischen Mitbestimmungsantrag gegen den Lohnraubminister Stegerwald. Die Abstimmung erfolgte am 17. März 1931 (Drucksache Nr. 926). In geschlossener Einheitsfront vom „linken“ Seidenwitz bis zu den Schurkern der Volkspartei wurde der kommunistische Antrag abgelehnt.

Die gleiche Einheitsfront stimmte auch gegen den kommunistischen Antrag auf Streichung der Ausgaben für das Schlichtungswesen und gegen die kommunistische Entschiedenheit, die verlangt, daß bei Wirtschaftskämpfen der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lohn- und Gehaltsbedingungen und zur Abwehr des Lohn- und Gehaltsraubes keine Partei eingelegt werden darf. Ein direktes Bekenntnis zum Streikbruch haben die reformistischen Gewerkschaftsführer und sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten aber ab, als sie am 6. März 1931 den kommunistischen Antrag (Reichstagsdrucksache Nr. 851) auf Streichung der Ausgaben in Höhe von 1 120 000 Mark für die technische Nothilfe ablehnten.

SPD-Streitbruch-Organisatoren

Die Haupttätigkeit der SPD-Führer in der Unterdrückung des Lohnraubes liegt aber außerparlamentarisch.

Wegen den ersten gegen die Berliner Metallarbeiter im vorigen Jahr gefällten Schiedsspruch „protestierte“ der ADGB. Das große im „Vorwärts“ veröffentlichte Protestschreiben enthält folgenden interessanten Satz:

„Der Schiedsspruch hat die nachteiligen Folgen für die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden bei künftigen Arbeitslosigkeit. Er erhöht das Mißtrauen der Arbeiter-

schaft gegen den unparteiischen Charakter (!) des Schlichtungswesens, verhärtet die Gegenseite in kommenden Arbeitskämpfen, steigert die Erbitterung, mit der sie geführt werden und erhöht ihre Feindseligkeit durch das Mittel der Schlichtung.“

Nicht der ungewöhnliche Lohnraub von 8 Prozent war also die Ursache des ADGB-Protestes, sondern blasse Furcht, daß die Arbeiter die wirkliche Rolle des Schlichtungswesens erkennen und in geschlossener Klassenfront gegen das sich in der schwersten Krise windende kapitalistische System antreten.

Triumphierend berichtete der Vorwärts am 1. November:

„Nur rund 32 000 von 130 000 Metallarbeitern, die in Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrie bebeschäftigt sind, haben für Fortsetzung des Streiks gestimmt.“

Mit den brutalsten Methoden, durch offene Streikbruch- und Terroraktionen, Abstimmungen in zusammengeschobenen Versammlungen, kurz: mit den infamsten Mitteln des Betrugs, Terrors und Klassenverrats haben die SPD-Führer den Streik abgewürgt mit dem Versprechen, daß Einzeltiere als Vertrauensmann der Gewerkschaften“ in der neuen Schiedskommission einen für die Arbeiter tragbaren Schiedsspruch fällen würde. Einzelner, der „linke“ SPD-Professor, beschloß, gemeinsam mit den Unternehmern, den alten Schiedsspruch auf Durchführung von 8 Prozent Lohnraub in Katen. Die SPD-Führer beruhigten die Arbeiter damit, daß sie sich in dem „linken“ Einzelner „gelächelt hätten“, aber ebenso wie Hände i in der letzten Metallbewegung in Sachsen die Zustimmung zu dem Lohnraub an den Metallarbeitern begründete: „Kollegen, wir befinden uns in einer Zwangslage“, werden auch die Berliner Metallarbeiter auf „bessere Zeiten“ und einen späteren Kampf vertröstet.

Straßenbahnerstreik in Chemnitz

Die sozialdemokratische Streikbruchtruppe wurde auch im Chemnitzer Straßenbahnerstreik entlarvt. Die infamste Hetze wurde von den SPD-Führern und Zeitungen entfacht gegen die